

Erst-Anlauf- und Beratungsstellen bei traumatischen Erlebnissen für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher



Eine Information des Sozialwerks des DGVB e. V.

53721 Siegburg * Neue Poststraße 16 A * www.sozialwerk-dgvb.de * Stand: 01. Juli 2021

In Ausübung des Dienstes sind Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher immer häufiger besonderen Gefährdungssituationen ausgesetzt, die negative Auswirkungen auf die geistige und körperliche Gesundheit haben können. Dazu zählen insbesondere Gewaltandrohungen und Gewalttaten. Da bei traumatisierenden Erlebnissen häufig eine zeitnahe Hilfe unerlässlich ist, stehen den Kolleginnen und Kollegen für diese Fälle Kriseninterventionsteams sowie Beratungsstellen und psychologische Anlaufstellen in den meisten Bundesländern zur Verfügung.

Baden-Württemberg:

Anlaufstelle soll nach Auffassung des JM in erster Linie die eigene Dienststelle sein. Evtl. Meldung dann an OLG und weiter an JM. Die beim JM zuständige Sachbearbeiterin wies anlässlich des Gesprächs mit unserer VP ausdrücklich darauf hin, dass von Seiten des JM es nicht gewünscht ist, dass betroffene Gerichtsvollzieher sich selbst eine Beratungsstelle suchen. Der Weg soll auf jeden Fall über das JM führen, da man von dort eine geeignete Stelle für den Betroffenen finden werde, da es dort eine entsprechende Liste geben soll. Sinn und Zweck dieser Vorgehensweise soll sein, dass man vom entsprechenden Vorfall im JM Kenntnis bekommt und man von dort aus die nächste geeignete Trauma-Ambulanz bzw. Kriseninterventionsstelle vermitteln werde.

Bayern:

- 1.) Krisenintervention am Arbeitsplatz: Kriseninterventionsstelle beim OLG München, Leiterin M. Sc Psych. Notfallpsychologin Dörthe Dehe, Tel.: 089 5597-7777; krisenintervention@olg-m.bayern.de – oder an eine(n) Peer's (engl. = gleichrangig; Bedeutung= gleicher unter gleichen) ausgebildete(n) Kollegin(en) als Ansprechpartner(in);
 - 2.) Beratungsstelle DELFIN beim OLG München (Delphin steht für: Damit wir miteinander eine Lösung finden – individuell und nachhaltig -), Tel.: 089 5597-1825 oder 0172 5213083; delfin@olg-m.bayern.de
-

Berlin:

Erst-Anlaufstelle der Sozialberatung der Berliner Justiz, Rubensstraße 111, 12157 Berlin, Tel.: 030 90166529; Mo-Do 8-16 Uhr, Fr. 8-15 Uhr sowie nach Vereinbarung; Terminvermittlung: kurzfristig max. 1-2 Tage, je nach Dringlichkeit. Die Erstberatung „Trauma“ erfolgt d. d. Sozialberatung. Sollte dies nicht ausreichend sein, wird an Fachpersonal der Charité' – Arbeitsmedizinisches Institut – weitervermittelt. Das Angebot ist kostenfrei.

Brandenburg:

Nach Recherchen unserer VP denkt man im JM darüber nach; konkretes dazu wurde ihr bisher jedoch nicht bekannt.

Bremen:

- Hilfe bei Gewalttaten:
Amt für Versorgung und Integration Bremen – AVIB – Doventorscontrescarpe 172 D, 28 195 Bremen
 - Trauma-Ambulanzen:
Ameos Klinikum Dr. Heines Bremen, Fachklinik für Psychiatrie, Psychotherapie u. Psychosomatik, Rockwinkeler Landstraße 110, 28325 Bremen, Tel.: 0421 4289-145;
Klinikum Bremen-Ost, Klinik für Psychotherapeutische Medizin u. Psychosomatik, Züricher Straße 40, 28325 Bremen, Tel.: 0421 408-2101. Terminvergabe innerhalb weniger Tage. Das Angebot ist für Betroffene kostenfrei, da die Beratungskosten vom Amt für Versorgung und Integration auf der Grundlage des OEG (Opferentschädigungsgesetz) übernommen werden. Dazu ist lediglich ein Kurzantrag auszufüllen.
-

Hamburg:

Erste Anlaufstelle: Team für Beratung und Gesundheit in der Behörde für Justiz- und Verbr.-Schutz. Das Team steht auch für die Trauma-Bewältigung zur Verfügung – Kontaktdaten: Behörde für Justiz- und Verbraucherschutz – Z 21_3 – Drehbahn 36, 20354 Hamburg, Tel.: 040 42843-1627 und 040 4279-43627 – Raum 22 – Mail: teamfuerberatungundgesundheit@justiz.hamburg.de

Hessen:

- 1.) pme Familienservice GmbH (u. a. Notfallbetreuung bei Angriff, Überfällen etc. Rund um die Uhr und an allen Tagen des Jahres; Tel.: 0800 801007070; www.familienservice.de
 - 2.) Telefonische psychosoziale Erstberatung: tägl. 8 – 14 Uhr; Medical-Airport-Service-Center Frankfurt, Tel.: 06105 3413-190; – www.medical-airport-service.de
 - 3.) Qualifizierte externe Anbieter (Kontaktaufnahme erfolgt privat): Zentrum für Psychotraumatologie mit Geschäftsstellen in Frankfurt, Seehofstraße 11 c/o Psychotherapeutische Praxis Tiedt-Schütte u. Dr. Rost, 60594 Frankfurt/Main; Tel.: 069 60324063 oder 0152 21955177; www.zfpt.de
 - 4.) Zentrum für Psychotraumatologie Kölnische Straße 99 a, 34119 Kassel; Tel.: 0561 9219506; www.traumazentrum-kassel.de
-

Mecklenburg-Vorpommern:

Eine Arbeitsgemeinschaft „Sicherheit“ beschäftigt sich im Just.-Min. angeblich seit 2019 zum Thema „Seelsorger u. Erstberatungsstellen für GV: Ergebnisse liegen – auch nach Auskunft des Landesverbands MV – bisher nicht vor.

Niedersachsen:

- 1.) Landesweite Koordinationsstelle des Kriseninterventionsteams des Nieders. Justizvollzugs – Fachstelle Gesundheit und Beratung – Ansprechpartnerin Nicole Neumann, Tel.: 05141 5939-351/352/402; E-Mail: nicole.neumann@justiz.niedersachsen.de - Beteiligung der Dienstbehörde nicht erforderlich.
 - 2.) Krisenintervention im OLG-Bez. Oldenburg (gehört auch zum vorst. landesweiten Team); Ref. Gesundheitsmanagement und Soziales, Ansprechpartner Martina Ahlrichs, Tel.: 0441 220-1260 und Dr. Heiner Bögemann, Tel.: 0441 220-1054 – geregelt im Erlass des Nieders. JM v. 21.09.18 – 2000 – 101. 293 SH 19 – siehe dazu auch Gesundheitsmanagement für den Gerichtsvollzieherdienst -
 - 3.) Trauma-Netzwerk Niedersachsen: Tel.: 05121 304-202 und 304-739; Mail: trauma-netzwerk.niedersachsen@ls.niedersachsen.de
-

Nordrhein-Westfalen:

Neu: Zum 1. 1. 2021 erfolgte in NRW eine Neuregelung durch Einrichtung einer „Trauma-Hotline“. Nunmehr hat auch das JM den „Weg zum ZTK gefunden“ - siehe letzter Abschnitt dieser Liste - und kürzlich einen Vertrag über die Einrichtung einer unmittelbaren „Trauma-Hotline“ geschlossen: werktags von 9.00 bis 17.00 Uhr; Tel. 0221 42047790 oder per Mail: info@ztk-koeln.de Bei Bedarf können neben dem tel. Erstgespräch drei weitere Gesprächstermine von bis zu 1 Std. stattfinden. Bei darüber hinaus notwendigem Beratungsbedarf vermittelt das ZTK die/den Betroffene(n) in das Gesundheitswesen. Die Betroffenen sind jedoch gehalten ihre Verwaltung zu informieren, wenn sie ein Beratungsgespräch in Anspruch nehmen wollen. *Es sollte allerdings nicht der Eindruck entstehen, dass die Kontaktaufnahme mit dem ZTK unerwünscht oder ein Zeichen von Schwäche ist.* Bei besonders schwerwiegenden Ereignissen können Behörden und Geschäftsleitungen zum psychologischen Notfallmanagement ihrer Dienststelle zugreifen. Die bisherigen Ansprechpersonen in NRW aus dem Kollegenkreis im Rahmen der Unterst. d. d. PSU-Team der Polizei bleiben auch weiterhin ansprechbar: Frank Ezell 017638080229; Jens Hoffmann 01639682603; Carsten Kreutzer 01724586520; Marlene Lingen 01776023642; Silvia Neumann 01795082262; Ramona Puskar 01736056093; Michael Rademacher 01755823217; Norbert Schunk 01722028761. Wir empfehlen, sich von Ihrer Behörde die „Handlungshilfe Umgang mit Traumatisierungen“ oder wenigstens den Flyer „Umgang mit Traumatisierungen“ (für den Bedarfsfall) auszuhändigen oder aus dem INTRANET ausdrucken zu lassen.

Rheinland-Pfalz:

Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin u. Psychotherapie, 55131 Mainz, Untere Zahlbacher Str. 8; Tel.: 06131 17-7381 oder in Notfällen außerhalb der Geschäftszeiten: 06131 2920; Abt. für Psychiatrie und Psychotherapie, 55469 Simmern, Holzbacher Str. 1, Tel.: 06761 81-1340 oder in Notfällen außerhalb d. GZ: 06761 81-0; Klinik f. Psychiatrie, Psychosomatik u. Psychotherapie, 67655 Kaiserslautern, Albert-Schweitzer-Str. 64, Tel.: 0631 81-1340 oder in Notfällen außerhalb der GZ: Tel.: 0631 5349-2207; Klinik f. Psychiatrie u. Psychotherapie, 56112 Lahnstein, Tel.: 02621 171-2022 oder in Notfällen außerhalb der GZ: 02621 171-0; Fachkrankenhaus für Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik u. Neurologie, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, Walporzheimer Str. 3, Tel.: 02641 386-119/205 oder in Notfällen außerhalb der GZ Tel.: 02641 386-0; RPZ Landau, 76829 Landau, Nordring 9, Tel.: 06341 920-640 oder in Notfällen außerhalb der GZ Tel.: 0634 9 900-2020; Fachpsychologisches Zentrum 54292 Trier, Nordallee 1, Tel.: 0651 208-2251 oder in Notfällen außerhalb der GZ Tel.: 0651 208-0; weitere Traumatherapeuten können erfragt werden über die Unfallkasse Rheinland-Pfalz, 56626 Andernach, Orensteinstr. 10, Tel.: 02632960-0; E-Mail info@ukrip.de – www.ukrip.de -

Saarland:

Pilotphase laut JM seit 2019 für alle Mitarbeiter im Landesdienst bei Belastungssituationen aller Art: Betriebliche Sozialberatung der SHG (SHG-Kliniken-Sonnenberg), 6619 Saarbrücken, Sonnenbergstr. 10, von dort aus ggfs. bei Bedarf Weitervermittlung an Spezialisierte Einrichtungen.

Sachsen:

In Krisensituationen soll nach Angaben des OLG Dresden vom 3. 12. 20 die erste psychologische Hilfe von der Dienstbehörde organisiert werden, die über die notwendigen Kontaktadressen verfügen. Ansonsten ebenfalls die Unfallkasse Sachsen: (bei Großschadensereignissen) = Dr. Winter Tel.: 03521/724 App. 100; 102; Herr Wegener Tel.: 03521/724102 oder App. 200; (bei Individualereignissen) = Frau Schulze Tel.: 03521/724 (0); Herr Jurig Tel.: 03521/724 (0) App. 242 u. 186; Herr Roitzsch Tel.: 03521/724 (0), App. 321 u. 317. – Krisennachsorgeteam Sächsisches Staatsministerium . d. Justiz, Tel.: 0351/5641900; Kriseninterventionsteam Dresden Leiter Tom Gehre, Tel.: 01748592856;

Sachsen-Anhalt:

Landesverwaltungsamt – Referat Landesversorgungsamt - , 06112 Halle (Saale), Ernst-Kamieth-Str. 2, Referatsleiter: Tel.: 0345 514-3080.

Schleswig-Holstein:

Informationen wurden nicht übermittelt.

Thüringen:

Sozialberatung des Gesundheitsmanagements Justiz Thüringen, Thüringer OLG, Soziale Dienste der Justiz, Außenstelle Jena, 07745 Jena, Rathenastr. 13, Tel.: 03641 – 307-256, E-Mail: sozialberatung@tholg.thueringen.de
Die Berater verfügen über ein Netzwerk von Soforthilfen – wie Traumabewältigung etc. und können daher im Bedarfsfall weitervermitteln, insbesondere um Wartezeiten zu verkürzen.

Alle vorstehenden Informationen wurden von unseren Vertrauenskolleginnen und -kollegen des Sozialwerks recherchiert. Dafür gebührt ihnen ein großes Dankeschön. Für Richtigkeit und Vollständigkeit kann dennoch keine Gewähr geleistet werden kann.



Wichtiger Hinweis:

Wie wir mit Rundschreiben vom 08.03.2020 bereits bekanntgegeben haben, hat das Sozialwerk mit dem Trauma- und Konfliktmanagementcenter Köln (ZTK) bereits am 14.02.2020 eine Kooperation geschlossen, die es ermöglicht, dass bei traumatischen Ereignissen eine sofortige psychologische Hilfe- und Beratung innerhalb von 24 Stunden gewährleistet werden kann, wenn auf anderem Wege keine oder nur unzureichende professionelle Unterstützung erfahren wurde. Für Hilfesuchende und Betroffene aus allen Bundesländern machen wir es möglich, dass ein Erstgespräch telefonisch (mindestens 1 Std.) mit einem Psychologen geführt werden kann.; bei Bedarf auch länger. Nach diesem Gespräch wird der/die Psychologe(in) des ZTK den Betroffenen - soweit notwendig - weitere Hilfen oder Möglichkeiten der psychologischen Betreuung über deren bundesweites Netzwerk, möglichst in Heimatnähe, anbieten bzw. vermitteln. Die Psychologen des ZTK haben jahrelange Erfahrungen im Umgang mit Traumabewältigungen, mit Todesfällen im Dienst, Anschlägen sowie Attacken auf Amtsträger. Sie sind ebenso vertraut mit den Aufgaben und berufsspezifischen Besonderheiten des Gerichtsvollziehers. Nach dem neuen Abkommen des JM vom 1. 1. 21 können Betroffene aus NRW sich ab sofort unmittelbar selbst an das ZTK wenden. Die Kosten werden dann vom Land NRW übernommen.

Für die anderen Bundesländer übernimmt das Sozialwerk des DGVB e. V. die Kosten der Erstbetreuung.

Wir bitten um Verständnis, dass – außer NRW - eine kurzfristige Erst-Kontaktaufnahme und Terminvereinbarung nur über eines unserer Vorstandsmitglieder möglich ist.



Winfried Pesch: 02241 333700 * Verena Schröder: 030 30609787

Detlef Hüermann: 02381 52543 * Daniela Sander: 05351 536174

Miteinander  **Füreinander**  **Sozialwerk des DGVB e. V.**